

Berufsschullehrerinnen sollen mehr Schulstunden erteilen

Eine seltsame Auffassung von Gleichberechtigung zeigt der Stadtrat: Ab Herbst 1986 sollen die Hauptlehrerinnen an den Berufsschulen mehr arbeiten. Um sie den männlichen Kollegen gleichzustellen, werden ihre wöchentlichen Pflichtstunden erhöht. Dabei fordern die Lehrer ihrerseits seit Jahren eine Reduktion des hohen Wochenpensums. Die neue Regelung kann auch höchstens zwei Jahre lang praktiziert werden; 1988 übernimmt der Kanton die Berufsschulen.

■ VON MAYA DOETZKIES

Seit bald 15 Jahren wird die Gleichstellung von Lehrerinnen und Lehrern an den Berufsschulen diskutiert, doch was der Stadtrat jetzt, kurz bevor der Kanton die Schulen übernimmt, noch schnell beschlossen hat und was gegenwärtig der Rechnungsprüfungskommission vorliegt, befriedigt kaum. Die Gleichstellung hätte nach Wunsch der Lehrerschaft nämlich auch den Männern etwas bringen sollen. Ihre Pflichtstundenzahl ist seit bald sechzig Jahren gleichgeblieben.

Hauptlehrerinnen an den Berufsschulen I bis VI unterrichten (gemäss Lehrerbessoldungsverordnung LBVO von 1947) bis zu 25 Stunden pro Woche, ihre Kollegen bis zu 32 Stunden. Dies ist, sind sich die Pädagogen einig, zuviel. In den kantonalen Mittelschulen beträgt das Soll 22 Stunden für Pflichtfächer, in der Höheren Schule für Gestaltung konnte man sich 1984 auf 25 Stunden für alle einigen.

Die Idee, die Frauen im Zeichen falscher Gleichberechtigung einfach mehr zu belasten, tauchte schon früher auf. Die Lehrerinnen wehrten sich stets dagegen: zum erstenmal 1971, als die LBVO revidiert wurde, dann wieder 1978, als das Schulamt eine Umfrage lancierte; 26 von 34 Lehrerinnen sagten nein zu einer Stundenzahlerhöhung. Zwischen 1980 und 1985 liessen sich gar 12 Hauptlehrerinnen umwählen, weil ihnen der Stundenplan zu belastend war. In der Vernehmlassung zu der nun vom Stadtrat vorgelegten Weisung lehnte der Lehrerkonvent der Schule für Gestaltung den Vorschlag ab; der VPOD, Sektion Lehrer, plädierte für eine Anpassung der Lehrerinnen- und Lehrerstunden.

Diese hätte beispielsweise mit einer freien Wahl von einem Männer- oder Frauenpensum erreicht werden können oder mit der Herabsetzung der Pflichtstunden für Männer auf 25. Allein, beides gefiel dem Stadtrat nicht: Eine solche Angleichung würde eine grundlegende Änderung der Anstellungsbedingungen

beinhalten, was aber im Hinblick auf die baldige Kantonalisierung der Berufsschulen nicht wünschenswert sei, argumentierte er.

«Situation für Übergangszeit nicht verschlechtern»

Unsinnig finden dafür die Gegner, die Situation für die nächsten zwei Jahre zu verschlechtern. «Lieber nichts mehr Neues für die Übergangszeit als das», sagte Vreni Hubmann gegenüber dem TA. Dabei hat sich die SP-Gemeinderätin, selber Lehrerin an einer kantonalen Mittelschule, für die Gleichberechtigung stark gemacht. Mit einem 1984 eingereichten Postulat wollte sie das 1977 überwiesene Postulat Messmer, das irgendwo in einer Schublade schlummerte und 1985 abgeschlossen wurde, reaktivieren. Am 19. Juni 1985 verlangte sie mit einer Interpellation erneut die Gleichstellung von Lehrerinnen und Lehrern. Mit seinem Vorschlag betrachtet der Stadtrat das Hubmannsche Postulat nun als erfüllt und erledigt – sehr zum Ärger der SP-Politikerin: «Eine höhere Pflichtstundenzahl ist absolut nicht das, was wir wollten», sagt Vreni Hubmann, «wir haben damit gerechnet, dass eine Lösung vorgelegt wird, wie sie für die Höhere Schule für Gestaltung gefunden wurde.» In der Zentralschulpflege setzte sich die SP-Fraktion dafür ein, dass auch die Männer profitieren könnten – vergebens.

Neue Ungleichheit

Fragezeichen setzen hinter den Vorschlag aus dem Schulamt kann man auch deshalb, weil er neue Ungleichheit schafft. Die vor 1986 gewählten Hauptlehrerinnen dürfen, im Sinne einer Besitzstandswahrung, ihr bisheriges Pensum behalten. Nur die neuen müssen in den sauren Apfel beissen. Die meisten der bisherigen Hauptlehrerinnen – an den Berufsschulen I bis VI unterrichten 22 Hauptlehrerinnen, davon 17 an der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule; Hauptlehrer gibt es 202 – werden auf die Mehrarbeit verzichten können.

INFO-PARTNER



013937